

Entwurf einer Preussischen Bauordnung.

(Fortsetzung zu Nr. 103/1921.)

Bd. 43, S. 376

O.V.G.-Entscheidung vom 9. Februar 1903.

Unzulässigkeit einer Polizeivorschrift, wonach die Errichtung von Speichern an öffentlichen Straßen und Plätzen verboten ist, wenn damit eine Belästigung der Nachbarschaft verbunden ist.

Das an die Schranken des § 10 Tr. 17, Teil II A.L.R. in Verbindung mit § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 gebundene Einschreiten der Polizei ist nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts nicht zulässig. Eine Gefährdung der Gesundheit der Nachbarschaft oder eine Beeinträchtigung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen ist nicht als Versagungsgrund geltend gemacht. Insbesondere auch der Fahrverkehr nur unter dem Gesichtspunkt der Belästigung der Nachbarschaft in Betracht gezogen.

Auch aus § 27 der Reichsgewerbeordnung, der sich nur auf Errichtung gewerblicher Anlagen, deren Betrieb mit ungewöhnlichen Geräuschen verbunden ist, in der Nähe von Kirchen, Schulen usw. und deren Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde (Bezirksausschuss) bezieht, kann die Rechtsgültigkeit des Paragraphen der Baupolizeiordnung nicht abgeleitet werden.

Pr.-Verw.-Bl. 23, S. 311.

O.V.G.-Entscheidung vom 28. Mai 1903.

Anlagen, welche durch Verbreitung schädlicher Dünste, durch Erzeugung störenden Geräusches usw. Gefahren für das Leben oder die Gesundheit des Publikums zur Folge haben, oder die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen beeinträchtigen, können durch Polizeiverordnung von bestimmten Teilen eines Kommunalbezirks ausgeschlossen werden. Unzulässig ist dagegen, den Ausschluss auch auf solche Anlagen auszudehnen, welche nicht sowohl

Gefahren als vielmehr nur Nachteile oder Belästigungen für das Publikum herbeizuführen geeignet sind.

Namhafte Gefahr zur Ausschüttung solcher Anlagen aus gewissen Ortsteilen die Rücksicht auf die Abwendung von Belästigungen und Nachteilen für die Nachbarn und das Publikum überhaupt.

Formelle Vorschriften.

Die durch die Abstufung der Baulastbarkeit entstehenden Bauzonen (Bauklassen, Baustaffelgebiete) sind nicht im Texte der Bauordnung, sondern in einer Anlage zu ihr, die integrierender Teil der Bauordnung werden muß und nur im Wege der Polizeiverordnung abgeändert werden darf, mit ihren Grenzbezeichnungen aufzunehmen. Die Bauklassengrenzen bilden am zweckmäßigsten die Straßennuten; doch soll damit nicht ausgeschlossen werden, daß z. B. für gewisse Straßen, insbesondere Verkehrsstraßen, beiderseits eine einheitliche und intensivere Bauweise als für die anderen Seiten der sie begrenzenden Baublöcke vorgeschrieben wird. In gleicher Weise sind die Grenzen zwischen dem Stadtgebiet und Außengebiet im Anhange zur Bauordnung festzulegen. Wird die Bauordnung als Regierungspolizeiverordnung erlassen, steht nichts im Wege, die Zuweisung der einzelnen Gemeindegebiete zu den einzelnen Bauklassen durch Ortspolizeiverordnungen bewerkstelligen zu lassen, wobei jedoch die Zustimmung des Regierungspräsidenten zu der Bauklassenbestimmung oder etwaigen späteren Bauklassenänderungen vorzubehalten bleibt.

Zweckmäßig ist ferner, jeder Bauordnung einen zeichnerisch dargestellten Bauklassenplan beizufügen.

E. Br. B.O.

[Das Stadtgebiet Breslau ist nach der alten Bauordnung eingeteilt in fünf Bauklassen. In dem neuesten Entwurf ist eine Bauklasse VI mit fünf Baustaffeln vorgesehen. Die näheren Bestimmungen für die Staffelung sind folgende:

E. Br. B.O. Baustaffeln der Bauklasse VI.

Baustaffel Nr.	Zahl der Vollgeschosse	Wohnräume im Dachgeschoß	Freifläche bei			Zulässige Bebauung mit			Höhe der	
			gewöhnl. Grundstücken	Eckgrundstücken	Gruppenbauweise	Vordergebäude	Nebengebäude ohne Wohnräume	Art Abmessungen	Vordergebäude	Nebengebäude
I.	1	als Zubehör zu Vollgeschosswohnungen	bei offener Bauweise $\frac{6}{10}$	mit Vorgärten an beiden Straßen $\frac{1}{10}$	(dreier oder mehr Kleinhäuser) $\frac{1}{10}$ für die eingebaute	bis 12 m Tiefe	Ställe, Gewächshäuser, Gartenhäuser, Wagenschuppen, kleine gewerbliche Betriebe usw. (Bei größeren Grundstücken Ausnahmen für Wohnhöfe od. Gebäudegruppen)	an der Nachbargrenze 6 m lang 3 m hoch	= halben Abstand der Baufuchtlinien	3 m
II.	2	(bis 10 oder Grundfläche)	"	(auch bei Doppelhäusern)	"	"	"	"	"	"
III.	3	"	$\frac{6}{10}$	$\frac{1}{10}$	(Länge 50–80 m) $\frac{1}{10}$ für die Flügelhäuser, Bauwich 6 m, bei größeren Grundstücken Ausnahmen	bis 14 m Tiefe	"	außerdem ein Ausbau an der Hinterseite des Vordergebäudes bis $\frac{1}{2}$ Breite als Mittelflügel oder als Seitenflügel bis zu 19 m hinter der Baufuchtlinie. (Das Letztere jedoch nur, wenn der Anbau eines ebenso tiefen Seitenflügels auf dem Nachbargrundstück gesichert ist)	(einschl. der zugelassenen Anbauten an der Hinterfront) höchstens 11 m	"
IV.	4	"	$\frac{6}{10}$	"	"	"	"	an der Nachbargrenze 8 m lang 5 m hoch	= halben Abstand der Baufuchtlinien, überall 12–16 m	4 m
V.	für gewerbliche Anlagen keine Beschränkung für Wohngebäude 3	"	= den Vorschriften für Fabrikbauten (Baumasse)	"	= Staffeln III (Gewerbebau), IV, Abstand zwischen Wohn- und Fabrikgebäude mind. 50 m	"	"	"	= Abstand der Baufuchtlinien, überall 9–20 m	20 m

- Bei der Aufstellung des Straßenaufbauplanes werden die einzelnen Straßen oder Straßenteile in eine der nachstehend aufgezählten Stufen eingeteilt. Dabei werden auch die Gebiete gekennzeichnet, in denen
 - die gewerblichen und wirtschaftlichen Anlagen und Betriebe unzulässig sind, die aber das für einen Kleinfabrikbetrieb übliche Maß hinaus Gefahren, Nachteile oder Belästigungen, insbesondere durch Staub, Rauch, Lärm, Dünste, Hitze, Gerüche, Geräusch oder Erschütterung herbeiführen, und
 - nur solche gewerbliche und wirtschaftliche Anlagen und Betriebe zugelassen sind, mit denen keine Belästigung der Grundstücksbewohner oder der Nachbarschaft überhaupt verbunden ist und die außerdem das Straßennbild nicht beeinträchtigen.
- Anlagenweise kann bestimmt werden, daß für eine Straße oder einen Straßenteil nur einzelne Vorschriften einer oder mehrerer Baustufen, im übrigen dagegen die Vorschriften einer anderen Baustufe maßgebend sind.
- Wo Fluchtlinien nicht festgestellt worden sind, ist soweit nicht die Bestimmungen des § 6 Absatz 2 Anwendung finden, nur offene Bauweise mit mindestens $\frac{2}{3}$ Freilichkeit und nicht mehr als einem Vollgeschoss über dem Erdgeschoß zulässig.

§ 9. Gebäudehöhe.

Als Gebäudehöhe ist das Maß von der Erdoberfläche des Außengrabens oder der Umfassungswand bis zur Scheitellinie der Umfassungswände mit der Dachfläche zu verstehen. Ist eine Dachkrönung (Attika) vorhanden, so ist ihre Höhe mitzurechnen. Die Dächer dürfen in der Regel nicht über eine Linie hinausgehen, die vom höchsten Punkte der zulässigen Fronthöhe im Winkel von 45 Grad ansteigt.]

Bei Giebelhäusern wird die Gebäudehöhe bis zu einem Drittel der Höhe des Giebelbereichs gerechnet, abzüglich der Höhe, die die Erdoberfläche in der Längsrichtung der Frontwand geneigt, so ist das mittlere Höhenmaß in Rechnung zu stellen.

Auflagen auf den an der Straße liegenden Frontwänden, wie Türme, Giebel, Lüken, sind der Fronthöhe im Durchschnitt zuzurechnen. Ausnahmen im Einzelfalle kann die Ortspolizeibehörde zulassen, wenn zu befechten ist, daß infolge des Wechsels in den Hauptgesimsen das Straßennbild ungünstiger beeinflusst wird, als von einzelnen Aufbauten zu erwarten ist. Auch bei Eckhäusern und solchen Häusern, die Straßenzentren bilden, können im Interesse schonender Ausgestaltung von der Ortspolizeibehörde Ausnahmen zugelassen werden.

[Wo für die Gebäudehöhe die Straßenbreite maßgebend ist, gilt als Straßenbreite der Abstand der Straßeneinfassungen. Weicht die Straßen- von der Bauteilbreite ab, so wird in der Straßen- zur Zeit des Erlasses dieser Bauordnung noch nicht fertiggestellt waren, der Straßenbreite ein Drittel der Vorgartenbreite hinzugezählt.]

Die weiteren Vorschriften dieses Paragraphen bleiben der Regelung durch Regierungs- oder Ortspolizeiverordnung überlassen.

An der bisher ziemlich allgemein üblichen Vorschrift, daß die Gebäudehöhe an der Straße, Straßenbreite nicht überschreiten darf, ist nicht mehr festzuhalten. Wo die Gebäudehöhe in Beziehung zur Straßenbreite gesetzt wird, wird unter Straßenbreite im allgemeinen die tatsächliche mittlere Breite des Straßendamms einschließlich des Bürgersteiges vor dem Gebäude zu verstehen sein. Sind Baufluchtlinien vorhanden, soll der Abstand dieser, andernfalls der Hausfronten, maßgebend sein. Bei wechselseitiger Straßenbreite darf die einheitliche mittlere Höhenmaß für das ganze Gebäude gewählt werden. Ebenso darf bei Eckgebäuden an verschiedenen breiten Straßen ein mittleres Höhenmaß für das ganze Gebäude gewählt werden. Vielfach wird es sich auch empfehlen, vorzuschreiben, daß die an der breiteren Straße erstattete Höhe auch an der schmälteren Straße bis auf 15 m von der Ecke oder bis auf die örtliche Vorderhauslinie zugelassen wird. Für schmale Straßen aller Stadtteile werden besondere Vorschriften zu erlassen sein.

Anzustreben ist, daß der Wechsel in der Gebäudehöhe innerhalb der Straßenaussicht eines Grundstücks liegt. Auch bei einem Wechsel der Bauklassen empfiehlt sich, die bei der Vermittlung der verschiedenen Höhen innerhalb eines Grundstücks stattfindet.

[Vordergänge.]

[Für Vordergänge, die von unten an ganz oder teilweise hinter die Baufucht zurücktreten, kann eine entsprechend gesteigerte Höhe, jedoch nicht über das für die betreffende Bauklasse vorgeschriebene Höhenmaß zugelassen werden.

Liegt ein Grundstück an verschiedenen Straßen, ohne beidseitig zu sein, so ist die Höhe für die zulässige einzelnen Straßen zu belegenden Seiten nach der Breite der betreffenden Straße besonders zu bemessen.

An Straßen, die nur an einer Seite zum Anbau bestimmt sind, darf die Höhe das in der betreffenden Bauklasse zulässige Höhenmaß betragen.

Die Höhe der Hinterseite des Vorderganges darf die an der Straße zulässige Höhe nicht übersteigen. Eine größere Höhe der Hinterseite kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn sie die senkrecht zur Hinterseite benutzene Ausdehnung des Hofes nicht übersteigt. Das zulässige Höhenmaß der betreffenden Bauklasse darf jedoch nicht überschritten werden.

Überschreitet die Ausladung des Dach- und Hauptgesimses das Maß von 40 cm, so wird das Übermaß von den zulässigen Höhen abgezogen.

Die Höhe der Hintergebäude soll weder das an der Straße zulässige Höhenmaß der zugehörigen Vordergänge, noch die Breite des senkrechten Abstandes von der gegenüberliegenden Hausfront überschreiten. Ausnahmen, insbesondere für solche Hintergebäude, die vorwiegend gewerblichen, landwirtschaftlichen oder öffentlichen Zwecken dienen, können in Bauordnungen vorgesehen werden. Es sind dann aber Bestimmungen für eine ausreichende Licht- und Luftzufuhr zu treffen.

Für Fabriken, Lagerhäuser, Schornsteine und andere Nutzbauten können bezüglich der Höhe freiere Bestimmungen gegeben werden; doch ist Rücksichtnahme auf die Umgebung und auf den Schutz des Straßen- und Straßenschildes gegen Verunstaltung geboten.

Für öffentliche Bauten und ihnen gleichnacheitende private Monumentalbauten, Türme und Denkmäler sind Ausnahmen vorzusehen, damit bei ihnen vorwiegend künstlerische Gesichtspunkte bezüglich der Höhenbestimmung Geltung erlangen können. [Hintergebäude.]

Ist der Hofraum vor einem hinteren Gebäude ungleich gestaltet, so tritt für dieses Gebäude folgende Durchschnittsberechnung ein:

Das Längenmaß jedes Seitenteils — an der Oberfläche des Hofes gemessen — wird mit dem für ihn zulässigen Höhenmaße, welches aber das für die betreffende Bauklasse festgesetzte Höchstmaß nicht überschreiten darf, vervielfacht; die Summe der dadurch gewonnenen Beträge wird durch die Summe der Längenmaße geteilt; der Quotient ergibt die zulässige Höhe.

Alle Umfassungsmauern, auch die Grenzmauern, werden in die Berechnung einbezogen; Grenzmauern sind hierbei mit der zulässigen Mindesthöhe einzusetzen.

Mit hölzernen Umfassungswänden dürfen Bänke, Schuppen, Gartenhäuschen, Veranden, Lauben und ähnliche kleine Anlagen ohne Feuerfestigkeit versehen werden. Diese Anlagen dürfen in der Regel eine Grundfläche von 25 qm, sowie eine Höhe von 5 m nicht überschreiten und müssen von Holztauen, Bachargenzonen und öffentlichen Straßen 5 m, von anderen Gebäuden 2,5 m entfernt bleiben.

Gartenlauben von nicht mehr als 9 qm Grundfläche bei 3 m größter Abmessung können ohne Brandmauern unmittelbar an der Nachbargrenze errichtet werden.

Holzzerst, Schutzdächer und offene Holzbauten können unter besonderen Bedingungen auch in größerer Ausdehnung zugelassen werden.]

§ 10. Bezugsbestimmungen.

1. Massiv. Als massiv gilt Mauerwerk aus Stein und Beton.

2. Feuerfest. Als feuerfest gelten außer den massiven folgende Konstruktionen:

a) Decken, Dächer, Wände und Stützen aus unverbräuchlichen Baustoffen, Werkstoffe aus natürlichem Gestein nur insoweit, als ihr geringe durch Brand nicht gelockert wird;

b) Decken, Wände und Stützen aus Beton mit und ohne Eiseneinlage, glutsicher umhüllte Eisenschwächwerke, Wände und Stützen aus gebrannten Steinen mit Eiseneinlagen und ähnliche Konstruktionen;

c) Treppen aus Beton mit und ohne Eiseneinlage, aus Kunststein mit Eiseneinlage und ähnliche Konstruktionen. Freitragende Treppen aus Granit gelten nicht als feuerfest.

Decken, Wände und Treppen mit nicht glutsicher umhüllten Eisenteilen gelten nicht als feuerfest.

3. Feuersicher sind außer den feuerfesten folgende Konstruktionen:

a) Decken, die zwar aus unverbräuchlichen Baustoffen bestehen, aber nicht glutsicher umhüllte Eisenteile aufweisen, ferner unterhalb durchweg verputzte oder auf einer sehr feuerfesten Bekleidung ruhende Holzdeckendecken;

b) Wände aus Gips-, Kunststein- u. dgl. Platten, fernher beiderseits verputzte Brettwände oder ausgemauerte oder ausgestakte Fachwerkwände, Raibzwände, Drahtziegelwände u. dgl.;

c) Treppen aus Eisen, Hasteisen, Buchen- oder Eichenholz; Treppen aus anderem Holz nur dann, wenn die Unterseiten gegipst sind;

d) eiserne Türen und Klappen mit Asbesteinlage, sowie hölzerne Türen und Klappen, die allseitig mit Eisenblech beschlagen sind und feuersicheren Anschlag haben;

e) Dächer, die mit einem gegen die Übertragung von Feuer von außen genügenden Schutz bedienten Stoffe — z. B. mit Stein- oder Zementplatten, Schiefer, Dachziegel, Metall, Dachnappe, Ruberoid, Holzzement, Glas oder dgl. — gedeckt sind.

§ 11. Brandsicherheit.

Bauliche Anlagen sind in allen Teilen nach den Einrichtungen der Baukunst aus guten zweckentsprechenden Baustoffen herzustellen. Die Anforderungen, welche an die Festigkeit der Baustoffe zu stellen, die Zahlen, die den Festigkeitsberechnungen zugrunde zu legen und die Belastungen, die für den Baugrund und die einzelnen Gebäudeteile zulässig sind, sowie sonstige Konstruktionsvorschriften müssen denjenigen entsprechen, die im Regierungsamtsblatt öffentlich bekanntgemacht werden.

Tragende Teile von Stein oder Metall dürfen nicht auf Holz gelagert werden. Ausnahmen kann die Ortspolizeibehörde zulassen.

Eiserne Träger und Stützen sind an Verlangen der Ortspolizeibehörde glutsicher zu ummanteln.

Verzierungen, Gesimse und sonstige Bauliche am Äußeren eines Gebäudes dürfen nur in solchen Baustoffen hergestellt werden, die sich in dauerhafter Weise an dem Baukörper befestigen lassen.

§ 12. Grund- und Kellermauern.

Massive Mauern und Pfeiler müssen auf festem, natürlichem oder künstlich befestigtem Boden unter Frosttiefe gegründet sein. Für Kleinhäuser kann die Ortopolzeibehörde von der Vorschrift, daß die Mauern bis unter Frosttiefe geführt werden sollen, Ausnahmen zulassen.

Zur Verhütung des Aufsteigens und des seitlichen Eindringens der Bodenfeuchtigkeit sind Grund- und Kellermauern in Gebäuden mit Räumen zum dauernden Aufenthalt von Menschen (§ 26) durch Isolierung zu schützen.

§ 13. Aufgehende Wände.

Die Vorschriften dieses Paragraphen bleiben der Regelung durch Regierungs- oder Ortopolzeiverordnung überlassen.

Es kann davon abgesehen werden, für aufgehende Wände, insbesondere auch für Umfassungswände, ausschließlich neuerer massiver Bauart zu verlangen, Vielmehr ist die Einführung (von der Baupolizei allgemein zugelassener Ersatz-) Bauweisen, wenn sie den öffentlichen Interessen des Feuer- schutzes, der Standsicherheit und der Gesundheitspflege gerecht werden, kein Widerstand entgegenzusetzen. Insbesondere in Gegenden, in denen mehrgeschossiger Fachwerkbau bodenständig ist, ist dieser für Einfamilienhäuser, Kleinhäuser und Mittelhäuser — wenn nötig mit der ortsüblichen Bekleidung als Wetterschutz — ebenso die Verwendung von Leichtsteinen mit Außenputz und Verkleidung, sowie jede andere behördlich anerkannte Bauweise zu- zulassen, wenn sie den örtlichen Verhältnissen entspricht. Für Umfassungswände der Kleinhäuser ist Fachwerk nur mit teilweiser Wetterschutzbekleidung zulässig, nicht dagegen die Anwendung von nur vorgelagerten Fachwerkmatten untermauerung. Ferner sind Lehmstampfbau, Ausföhrung in Lehmputzen und sogenannten Gränlingen, Holzbauwerk und andere Bauweisen gestattet.

Auch da, wo massive Bauart vorgeschrieben ist, empfiehlt es sich, zuzulassen, daß Holzwerk zur Verzierung und architek- tonischen Gliederung im Außen verwendet wird, ohne daß da- durch die Wände den Charakter der Feuerresistenz einbüßen.

Nebenbaulichkeiten ohne Feuerstätten dürfen auch in Bret- werk hergestellt werden, jedoch müssen Ausbauten in dieser Aus- führung feuerresistente Bedachung erhalten.

Für Scheidewände, die verschiedene Wohnungen desselben Hauses voneinander trennen, ist vorzuschreiben, daß sie min- destens $\frac{1}{2}$ Stein stark und in der Regel feuerresistent hergestellt sein müssen; jedoch sind auch Wände aus doppelten Gips- oder Zementdielen, doppelten Schlackenbetonplatten oder dergleichen mit ausgefülltem Zwischenraum (Kokkssch, Torfmoos) in einer Stärke zulässig. Balkentragende Zwischenwände dürfen in Ein- familienhäusern, Kleinhäusern und Mittelhäusern auch von aus- gemauertem, geputztem Fachwerk oder als einen halben Stein starke Ziegelwand hergestellt werden, wenn für Verteilung des Balkendruckes durch gemeinsame Unterlage gesorgt ist. Für die Mauerstärken kann unter Berücksichtigung der klimatischen Ver- hältnisse und der Beschaffenheit der örtlich zur Verfügung stehen- den Baustoffe in Mittelhäuser die folgende Liste als Anhalt dienen:

	1	2	3	4	5	6	7
Geschosß	Be- lastete Außenmauern mit Öffnungen	Be- lastete Treppen- haus- oder Mittel- hausmauern	Nichtgemein- schaftliche Brand- oder Glie- beimauern ohne Öffnung und Belastung	Gemeinschaftliche Giebel- oder Brandmauern	Gemeinschaftliche Giebel- oder Brandmauern	mit Be- lastung	ohne Be- lastung
Kellergeschosß	2	1½	1½	1½	1½	1½	1 Stein Stärke
Erdgeschosß	1½	1	1½	1½	1½	1	1
1.Obergeschosß	1½	1	1	1½	1	1	1
2.Obergeschosß	1½	½	1	1	1	1½	1
Dachgeschosß	1	½	1	1	1	½	1

E. Br. B.O.

Kellergeschosß	2½	2	2	2	2	2	1½
Erdgeschosß	2	1½	2	2	1½	1½	1½
1.Obergeschosß	2	1½	1½	1½	1½	1½	1
2.Obergeschosß	1½	1	1½	1½	1½	1	1
3.Obergeschosß	1½	1	1	1½	1	1	1
4.Obergeschosß	1½	1	1	1	1	1	1
Dachgeschosß	1	½	½	1	1	½	1

Bei Anwendung von Lutschieben in den Außenwänden ist eine Vergrößerung der Mauerstärke um das Maß dieser Schichten vor- zuzusehen.

Bei gleichzeitig ausgeführten Gruppenbauten.

Bei Gruppenbauten.

Brettverkleidung als Wetterschutz oder zur Verzierung gilt nicht als Veränderung der massiven Bauart, ebenso wenig der Dachüberstand der Sparren nebst Stülbrett und die Anbringung kleiner hölzerner Vorbauten. Für Außenwände von Dachausbauten darf massive Ausführung nicht gefordert werden.

Als Mauerstärke der Außenwände massiver Kleinhäuser ge- nügen 30 cm bei Anwendung von Außenputz und Hohlsteinen oder 38 cm oder 1½ Stein ohne Außenputz und Hohlsteinen. Es können auch 1 Stein starke Außenwände gestattet werden, wenn gute Ziegel- oder Schwemmsteine verwendet werden und wenn in mildem Klima oder geschützter Lage zu erwarten ist, daß die Ersparnis bei den Baustosten nicht durch Wärmeverlust im Winter aufgewogen wird.

Bei Fachwerk- und Holzbauten ist die Schwelle des Fußbodens der Erdgeschosßräume mindestens 25 cm über das Außengelände zu verlegen.

Scheidewände, die verschiedene Wohnungen desselben Ge- schosses voneinander trennen, können in Gebäuden mit Klein- wohnungen in geringerer Stärke bis $\frac{1}{2}$ Stein stark zugelassen werden, auch Wände aus doppelten Gips- oder Zementdielen, doppelten Schlackenbetonplatten oder dgl. sind zulässig.

§ 14. Brandmauern.

Brandmauern sind Mauern, die bestimmt sind, die Verbreitung eines Brandes zu verhindern. Sie müssen von Grund auf massiv ohne Öffnungen und Hohlräume in der Stärke von mindestens einem Stein hergestellt werden. Hölzerne Träger, Balken und Rahmstücke dürfen in Brandmauern nur eingelegt werden, wenn die Mauer noch mindestens 13 cm stark vorbeist und auf der anderen Seite verputzt wird. Brandmauern brauchen nicht über Dach geführt werden, müssen aber bauseits bis unter die Dach- haut genutzt sein.

Brandmauern sind herzustellen:

- a) zum Abschluß von Gebäuden, die unmittelbar an der Nachbargrenze errichtet werden. Gemeinsame Brandmauern sind zulässig. (Wegen der Doppel-, Gruppen- und Reihenhäuser vgl. den vorletzten Absatz dieses Paragraphen.)
- b) zur Trennung von Räumen mit Feuerstätten von anderen Räumen auf demselben Grundstück, die infolge ihrer Bauart oder Benutzung der Feuersgefahr besonders ausgesetzt sind.
- c) in ausgedehnten Gebäuden mindestens in Abständen von 40 m.

Die Ortopolzeibehörde kann zulassen, daß Brandmauern zwecks einheitlicher Benützung der Räume durch Öffnungen durchbrochen werden. Diese sind im Dachgeschosß stets, in den übrigen Geschossen in der Regel mit feuer- und rauchresisternen Türen zu versehen (§ 10).

In Doppel-, Gruppen- und Reihenhäusern, sofern sie Ein- familienhäuser, Kleinhäuser oder Mittelhäuser (§ 28) sind, kann zugelassen werden, daß die Trennungswand zwischen zwei Ge- bäuden einen halben Stein stark oder als Fachwerkwand her- gestellt wird; in Abständen von ungefähr 40 m sind aber die Trennungswände massiv ohne Öffnungen in der Stärke der Brandmauern herzustellen.

Enthalten ein einzelnes stehendes Einfamilienhaus oder ein Klein- haus Wohn- und Wirtschaftsräume unter einem Dach, kann die Trennungswand ebenfalls einen halben Stein stark oder als Fachwerkwand hergestellt werden, wenn sie durch beiderseitigen Verputz auch im Dachraum feuerresistent und wenn die Eindeckung feuerfest ist.

§ 15. Decken.

Holzbalckendecken über und unter Räumen, die zum Aufenthalt von Menschen dienen, müssen Zwischendecken mit Auffüllung erhalten.

Zur Verfüllung von Decken, insbesondere von Holzbalckendecken, darf kein Stoff verwendet werden, der gesundheitsschäd- liche, insbesondere verwesende oder faulnisfähige Bestandteile enthält. Es ist deshalb namentlich die Verwendung von Bauschutt, Gips, Abfällen, Kiehl, Papierstücken oder Lampen verboten.

Vor der regensicheren Eindeckung eines Gebäudes darf nicht mit der Verfüllung der Decken vorgegangen werden.

Holzbalckendecken in Räumen zum dauernden Aufenthalt von Menschen (§ 26) müssen verputzt werden; doch kann die Orts- polzeibehörde Ausnahmen zulassen. In Einfamilienhäusern und Kleinhäusern (§ 28) sind Holzbalckendecken auch ohne Verputz oder Verschalung zulässig.

Die Decken, über welchen sich Waschküchen, Badestuben, Räucherkammern und andere der Schädigung durch Wasser oder Feuer besonders ausgesetzte Räume befinden, müssen massiv her- gestellt werden. Ausnahmen hiervon kann die Ortopolzeibehörde zulassen, wenn es sich um unbedenkliche Einrichtungen in alten Häusern oder in Kleinhäusern handelt.

Dachflächen unter Räumen zum dauernden Aufenthalt von Menschen (§ 26) müssen feuerresistente oder feuerfeste Decken (§ 16) erhalten.

Kellerdecken in Wohngebäuden, die für mehr als eine Familie bestimmt sind, und in Kellerräumen, die zur Lagerung feuer- gefährlicher oder faulnisfähiger Stoffe dienen, müssen massiv (§ 10) sein. Ausnahmen können von der Ortopolzeibehörde zu- gelassen werden. Kellerdecken in Kleinhäusern (§ 28) brauchen nicht massiv hergestellt zu werden.

§ 16. Dächer.

Dächer und Dachteile müssen teneischer (§ 10) eingedeckt sein. Stroh-, Rohr-, Röt- und Schindeldächer dürfen von der Ortspolizeibehörde in Gebieten der offenen Bauweise und für landwirtschaftliche Bauten zugelassen werden. Solche Dächer müssen aber von der Nachbargrenze und von anderen Gebäuden desselben Grundstücks mindestens 15 m entfernt bleiben. Es darf zur Bestimmung des nicht feuersicheren Eindeckungsstoffes nur unverbrennliches Material verwendet werden.

Bei steilen Dächern kann die Ortspolizeibehörde Schutzmaßregeln gegen das Herabfallen von Schnee, Eis und Teilen der Dachdeckung, ferner die Anbringung von Ständchen für Ausbesserungsarbeiten und für Schornsteinschrägung, von Aussteigeklaken, Leiterlaken und dergl. fordern.

Gegen das Herabfallen von Glasstücken bei Glasdächern und Oberflächen sind Schutzvorrichtungen anzubringen, sofern nicht Drahtgaze verwendet wird.

Wo Dächer unmittelbar auf die Straße oder auf die Nachbargrenze entwässern, müssen Vorkehrungen zum Abflauen und Ablassen des Dachwassers getroffen werden. Das auf die Straße geleitete Wasser muß mit der Straßeneinfassung in Verbindung gebracht werden.

Es sind Vorschriften über die Ausführungsart der Dachaufbauten aufzunehmen. Für سکریchte Dachaufbauten (Giebel, Dachlaken, Erker, Fenster, Türen) können Einschränkungen bezüglich ihrer Größe und ihres Abstandes von der Nachbargrenze festgesetzt werden.

Giebelte, unter einem Winkel von mehr als 30 Grad ansteigende Dächer, sowie alle Schieferdächer müssen auf starken Eisenstützen befestigte Schiefelänge von mindestens 20 cm Höhe erhalten.

Auf nicht begehbaren Dächern sind wirksame Schutzvorrichtungen für Schornsteinfüße anzubringen.

Je nach Lage und Beschaffenheit der Dächer können Schutzvorrichtungen gegen das Herabfallen von Personen anordnet werden.

Glasdächer und Oberlichte, die nicht aus Drahtglas bestehen, sind mit Ird darüber oder darunter gespannten Drahtnetzen zu versehen.

Alle nach der Straße abfallenden Dachflächen müssen mit Traufrippen und Abfallrohren versehen sein.

Die Abfallrohre an der Straßenseite müssen in ihrem unteren Teile bis 1,80 m über dem Bürgersteig aus Eisen bestehen.

§ 17. Treppen.

Jede Treppe einschließlic der Treppensätze muß sicher gangbar sein. Treppen müssen mit Handläufern versehen sein. Bei Treppenteilen darf der Auftritt in einer Entfernung von 15 cm von der schmalsten Stelle nicht weniger als 10 cm sein. Treppen müssen überall mindestens 1,80 m Klopplänge aufweisen.

Jedes nicht zu oberer Erde liegende Vollgeschloß muß durch eine oder mehrere Treppen zugänglich sein, von denen der Ausgang ins Freie jederzeit gesichert ist (notwendige Treppen). Ausnahmen bezüglich des Dachgeschosses können von der Ortspolizeibehörde mit Rücksicht auf die besondere Benutzungsart zugelassen werden. Von jedem zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Raume muß eine Treppe auf höchstens 25 m Entfernung erreichbar sein, wobei der Abstand von der Mitte des betr. Raumes bis zur Treppenhautstritt gemessen wird.

Alle notwendigen Treppen müssen feuersicher sein, von Tageslicht genügend erhellt werden und in unmittelbarer Verbindung durch alle Vollgeschosse führen. Die Treppenträume notwendiger Treppen müssen feuersichere Decke, massive Wände und unmittelbaren Ausgang ins Freie haben. In Wohngebäuden mit mehr als sechs Wohnungen außerdem keine Verengung aus dem Kellerkessel in ausreichender Weise gesichert sein.

Das Steigungsverhältnis der notwendigen Treppen darf nicht steiler als 19/26 cm sein; in Mittelhäusern, in Gebäuden von nicht mehr als zwei Vollgeschossen und in Einfamilienhäusern, auch wenn sie mehr als zwei Vollgeschosse haben, darf das Steigungsverhältnis 20/25 cm betragen.

Die Laufbreite der Treppen wird in Höhe des Handläufers gemessen, und zwar in der Mittellinie desselben. Wandhandläufer bleiben außer Ansatz.

In Mehrfamilienhäusern von mehr als zwei Vollgeschossen, von denen jedes zwei und mehr Wohnungen enthält, muß die Laufbreite der notwendigen Treppen mindestens 1,10 m betragen.

In Mehrfamilienhäusern mit mehr als zwei Vollgeschossen, von denen jedes nur eine Wohnung enthält, muß die notwendige Treppe mindestens 1 m Laufbreite haben.

In sonstigen Mehrfamilienhäusern, in Einfamilienhäusern (§ 28) mit mehr als zwei Vollgeschossen und in Mittelhäusern muß die notwendige Treppe mindestens 0,90 m Laufbreite haben, wobei über die Treppensätze mindestens 1 m Breite erhalten müssen. Keller- und DachgeschossTreppen von Mittelhäusern brauchen nur so breit zu sein und dürfen Stützbein bis 45 Grad aufweisen.

Die Treppen in Kleinhäusern, die nur von einer Familie benutzt werden, dürfen beliebige sein, d. h., es werden keine besonderen Anforderungen über Ausmaß und Anlage gestellt.

Ist mehr als eine selbständige Wohnung in einem Kleinhause vorgesehen, so muß die Treppe unmittelbar ins Freie führen oder in einem mit einem unmittelbar aus dem Freie versehenen Ird liegen, dessen Wände feuersicher sind.

Als Kellertreppen in Kleinhäusern genügen auch hölzerne Leiterstufen, die von Küchen und Nebenräumen unmittelbar zugänglich sein dürfen.

§ 18. Feuerstätten.

Feuerstätten in Gebäuden müssen in allen Teilen aus unverbrennlichen Baustoffen hergestellt werden und dürfen nur in solchen Räumen angelegt werden, die vermöge ihrer baulichen Beschaffenheit und Lage zu Bedenken wegen Feuersgefahr nicht Anlaß geben.

Kesselfeuerungen und andere größere Feuerungen dürfen nur unmittelbar auf Fundamenten oder auf massiver Unterlage errichtet werden.

Nicht massiver Fußboden unter Feuerstätten muß gegen Feuersgefahr gesichert sein.

Eiserne Feuerstätten müssen mindestens 25 cm, Feuerstätten aus Stein mindestens 15 cm von verputzten oder feuersicher mitlekendem Holzwerk entfernt sein. Von freiem Holzwerk (Konstruktionsholzern) müssen diese Entfernungen 50 bzw. 25 cm betragen; Türkleidungen, Fußleisten usw. werden dem verputzten Holzwerk gleich geachtet.

Eiserne Feuerstätten in Räumen, in denen feuergefährliche Arbeiten vorgenommen oder leicht entzündliche Stoffe gelagert werden, sind mit einem Schutzmantel aus Eisenblech zu umgeben oder in einer anderen gleichwertigen Weise zu isolieren.

§ 19. Rauchrohre.

Die Rauchrohre der Feuerstätten müssen aus unverbrennlichem, dichtem Stoff hergestellt und innerhalb desselben Geschlosses in die Schornsteine geführt werden. Bei Anschluß mehrerer Rauchrohre zu denselben Schornstein müssen die Endmündungen in verschiedener Höhe liegen. Eiserne Rauchrohre müssen von verputzten Holzwerk mindestens 25 cm von freiem Holzwerk (Konstruktionsholzern) mindestens 50 cm entfernt bleiben. Sind die Rohre unverbrennlich ummantelt, so genügt eine Entfernung von 12 cm.

In Rauchrohren von Heizöfen und in letzteren selbst dürfen Absperrovorrichtungen, die das Entweichen der Feuerzunge in den Schornstein vollständig verhindern, nicht angebracht werden. Wenn ein Rauchrohr unmittelbar ins Freie führt, so kann die Ortspolizeibehörde verlangen, daß seine Ausmündung mit einem Funkenfänger versehen wird.

Wenn Rauchrohre nicht geradlinig geführt werden, müssen sie an den Biegepunkten mit Reinigungsschiebern versehen sein.

Rauchrohren von Heiz- und Badeöfen dürfen nur innerhalb derselben Wohnung durch einen zweiten Raum hindurch und nur mittels eines feuerfesten Rohres, solche von Kaminen nur innerhalb des Kaminraumes selbst in den Schornstein geführt werden.

§ 20. Schornsteine.

Schornsteine müssen massiv mit vollen Fugen gemauert sein und gleichbleibend lichten Querschnitt erhalten. Vor Holzackwerkwerken muß das Schornsteinmauerwerk ohne Verband mit der Fachwandausmauerung aufgeführt werden, wobei der Zwischenraum zwischen Fachwand und Schornstein voll auszumauern ist. Auf Holz oder andere brennbare Bauteile dürfen Schornsteine weder mittelbar noch unmittelbar aufgesetzt oder gestützt werden.

Gemauerte Schornsteine müssen auf den Außenseiten geputzt und auf den Innenseiten glatt angestrichen werden. Die Schornsteine müssen so weit über die Dachfläche hinausgeführt werden, daß eine gute Absaugung und Ableitung des Rauches stattfindet und eine Gefährdung der Umgebung durch Funken, Ruß und Rauch vermieden wird. Die Steigwände (Wangen) von gemauerten Schornsteinen müssen mindestens $\frac{1}{2}$ Stein stark, auf der Außen- und Innenseite von Umfassungswänden mindestens 1 Stein stark sein. Wenn zwei Brandräume nebeneinander in gleicher Höhe vorhanden sind, genügt $\frac{1}{2}$ Stein Stärke für die Grenzwanne.

Gemauerte Schornsteine von größeren Zentralheizungen und größeren Feuerstätten, wie Backöfen, Schmieden, Darren u. dgl., müssen Wangenstärken von mindestens 1 Stein erhalten.

Die Innenseiten der Schornsteine müssen von Balken und Dachlätzen mindestens 20 cm entfernt bleiben.

Die Schornsteine sind so einzurichten, daß sie in allen Teilen ordnungsmäßig geräumt werden können. Die Reinigungsziffern müssen mindestens die Größe des lichten Schornsteinschnitts haben und mit feuer- und rauchsicherer Verschlußvorrichtungen versehen werden. Ungeschütztes Holzwerk muß mindestens 50 cm, feuersicher verkleidet mindestens 30 cm von den Reinigungsziffern entfernt bleiben. Es soll die Reinigung eines Schornsteins vom Dache aus geschehen, müssen Aussteigeklaken und bei steilen Dächern Laufbretter angebracht werden.

Schornsteine, die durch Gasse führen, in denen leicht entzündliche Stoffe lagern oder verarbeitet werden, sind durch Latton- oder Gitterverschläge in mindestens 30 cm Abstand zu umgeben. Aufsätze aus Schornsteinen sind zulässig, wenn sie die ordnungsmäßige Reinigung nicht verhindern.

Es werden nicht als besterigbar angesehen — und daher — aube- steigbar — Schornsteinrohre unterschiedlicher

Die besterigbaren Schornsteine müssen einen Lichtweite von mindestens 43:43 cm haben und dürfen außer den Rauch- einmündungen und einer Einsteigöffnung am Fuße keine weiteren Öffnungen in den Wänden erhalten. Bei größeren Abmessungen lichter Weite sind Stützbein in Abständen von nicht über 50 cm anzubringen.

Jedes unbesteigbare Schornsteinrohr ist mit einem überall gleichen Querschnitt auszuführen, der im Lichten aber nicht geringer als $\frac{1}{2}$ Stein Normalmaß sein darf.

In ein unbesteigbares Schornsteinrohr von 225 cm innerer Weite dürfen höchstens drei Rauchrohrs gewöhnlicher Zimmeröfen eingeführt werden. Ausnahmen kann die Ortspolizeibehörde zulassen; insbesondere dürfen einzelne Feuerstätten in Dach- und Kellergeschossen, wenn ihre Benutzung seltener zu erwarten steht, auch an Schornsteine der Vollgeschosse angeschlossen werden. Für jedes weiter einzuführende Rauchrohr ist die Weite des Schornsteinrohrs um 75 cm zu vergrößern. Ein Kesselrad wird bei der Berechnung der Zahl und Weite der Schornsteinrohre mit mehr als einer Feuerung zwei Schornsteine gerechnet.

Anders als senkrecht dürfen Schornsteinrohre nur geführt werden, wenn sie in massiven Wänden liegen oder durch feste Konstruktionen unterstützt sind. Hierbei darf die Neigung für besteigbare Schornsteine nicht mehr als 60 Grad, für unbesteigbare Schornsteinrohre nicht mehr als 45 Grad betragen.

In Werkstätten und Küchen mit größerer Dampfbildung müssen Wärsenrohre angebracht werden. Die Mitbenutzung der Wärsenrohre zu Feuerungs- und Lüftungszwecken ist verboten. Auspuffrohre von Verbrennungskraftmaschinen (Gas-, Benzin-, Petroleummotoren u. a.) sind in besondere Abzugsrohre einzuführen.

§ 21. Wasserversorgung.

Die Vorschriften dieses Paragraphen bleiben der Regelung durch Regierungs- oder Ortspolizeiverordnung überlassen.

Es ist vorzuschreiben, daß für jedes Grundstück das zu Wohn- und Arbeitszwecken bebaut werden soll, gesondert einwandfreies Trinkwasser und die zu Feuerlöschzwecken ausreichende Menge an Wasser in einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Weise sichergestellt sein muß.

Kessel- oder Schachbrunnen sollten von Aborträumen, Dungstätten, Stallungen, Jauchen-, Senk- und Sammelgräben u. dgl. einen Abstand von mindestens 10 m haben. [Auch dürfen in der Nähe keine Ausgubvorrichtungen vorhanden sein.] Wird von dem Bauherrn nachgewiesen, daß der Untergrund hinreichend undurchlässig ist, kann eine Ermäßigung der Entfernung durch die Ortspolizeibehörde im Einzelfalle bis 5 m vorgeschrieben werden. Wird ein Kesselbrunnen mit Pumpe versehen, so muß er wasserdicht abgedeckt und umplastert werden. Das Pflaster muß so weit über dem Erdboden liegen, daß reichliches Gefälle zur Ableitung des Abflutwassers vorhanden ist.

[Das Brunnenmauerwerk ist bis wenigstens 50 cm über das Erdreich empor zu führen, im oberen Teile bis wenigstens 2 m über das Erdreich mit vollen Fugen in Zementmörtel zu mauern und von außen mit Zement zu verputzen.]

In Gemarken, wo noch offene Zieh- oder Schöpfbrunnen üblich sind, muß der Brunnenkessel mit wenigstens 1 m hoher Einfassung versehen und mit starkem Gefälle umplastert werden.

Eiserne Rohrbrunnen sollten an der Erdoberfläche 1 m im Umkreise mit wasserundurchlässigem Pflaster umgeben werden und mindestens 10 m Abstand von Gräben u. dgl. halten, sofern die Wassereinfassung nicht in weniger als 4 m Tiefe liegt. Das Maß von 10 m kann bis auf 5 m ermäßigt werden, wenn das Brunnenrohr durch undurchlässige Bodenschichten bis 10 m Tiefe geführt werden mußte, um die wasserführende Schicht zu erreichen. Bei größerer Brunnentiefe kann das Abstandsmaß noch weniger als 5 m betragen. Holzernen Brunnen- oder Pumpenrohre sind nicht zulässig.]

Es muß angestrebt werden, daß die Wasserversorgung von Grundstücken, die mit Wohnhäusern von mehr als zwei Vollgeschossen bebaut werden, im allgemeinen nur durch Druckwasserleitung geschieht. Die Genehmigung zum Bau derartiger Wohngebäude wird nur erteilt, wenn die Bedingung abzuheben zu machen sein, daß der Anschluß an eine Druckwasserleitung gesichert ist. Im übrigen ist noch in den Regierungs- oder Ortspolizeiverordnungen festzusetzen, wann die Wasserversorgung eines Grundstückes als ausreichend nach den örtlichen Verhältnissen anzusehen ist. Für jede Wohnung sollte aber mindestens eine branchenbare Wasserzastelle vorhanden sein.

Für die Versorgung der Kleinhäuser mit gesondert einwandfreien Trinkwasser und mit Wasser zu Feuerlöschzwecken genügt es, wo nicht der Anschluß an eine öffentliche gemeinsame Wasserleitung möglich ist, das Recht der Benutzung eines öffentlichen Brunnens oder der Mitbenutzung eines Privatbrunnens; Voraussetzung hierbei ist, daß die Brunnen in einer nach dem Ermessen der Ortspolizeibehörde ausreichenden Nähe des Kleinhäuses liegen.

E. Br. B.O.

1. Alle zum Wohnen und Arbeiten dienenden Grundstücke müssen mit einer Wasserleitung versehen sein, die sämtliche Geschosse mit Wasser versorgt.
2. Die Wasserversorgung kann entweder durch Anschluß an die städtische Wasserleitung oder durch Herstellung einer besonderen Druckwasserleitung geschehen, die das Wasser in einwandfreier Beschaffenheit und ausreichender Menge aus einem Pumpbrunnen entnimmt.
3. Für jeden Haushalt, sowie für jeden gewerblichen oder kaufmännischen Betrieb, auch für jeden Laden muß ein eigener Wasserhahn mit darunter befindlichem Ausguss, der an einer massiven Wand befestigt sein muß, vorhanden sein; für mehrere Läden kann ein gemeinschaftlicher Wasserhahn mit Ausguss zugelassen werden.

4. Für die Herstellung der Anschluß- und Hausleitungen sind die darüber erlassenen besonderen Bestimmungen maßgebend.]

§ 22. Entwässerung und Beseitigung der Abfallstoffe

Die Vorschriften dieses Paragraphen bleiben der Regelung durch Regierungs- oder Ortspolizeiverordnung überlassen.

Jedes Gebäude (Grundstück) muß mit Einrichtungen zur ordnungsgemäßen Entwässerung, soweit diese sich nicht oberirdisch in natürlichem Gefälle vollzieht, versehen werden. Osundheits-schädliche Flüssigkeiten sind so abzuleiten oder so zu sammeln, daß keine Schädigung oder Belästigung der Menschen eintritt. Für jede Benutzung der Straßenräume und des öffentlichen Kanalnetzes sind besondere örtliche Bestimmungen zu geben.

Für jede selbständige Wohnung und für jede selbständige Betriebs- oder Arbeitsstätte ist eine Abortanlage zu fordern.

Die Einrichtung, Belichtung und Lüftung der Abortanlagen sind in den einzelnen Bauordnungen nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen festzusetzen.

Aborte innerhalb von Wohnungen sollten im allgemeinen nur da zugelassen werden, wo der Anschluß an eine Schwenkanalisation gesichert ist. Außerhalb der Wohnungen, aber innerhalb von Wohnhäusern können sie zugelassen werden bei nicht mehr als zwei Vollgeschossen, wenn sie von gut gelüfteten Vorräumen zugänglich sind und die Abfallstoffe in undurchlässigen, dichtschließenden Behältern (Tönnen, Gruben) angemessen und regelmäßig geräumt werden. In einzelnen sollten folgende Vorschriften, wo keine Schwenkanalisation besteht, durchweg in den Bauordnungen Aufnahme finden: Innerhalb der Umfassungswände liegende Tonnenräume oder Gruben müssen mit undurchlässigen Decken und Wänden und wasserdichten Fußböden versehen und durch Dampfrohr bis über die obersten Wohnräumein der Höhe sein. Tonnenräume müssen von außen mittelbar zugänglich sein. Abortgruben unter Einfassungen müssen mindestens 1 m von der Umfassungswand entfernt sein und mit Entleerungs- und Reinigungsleitungen versehen sein; sie sind mindestens 0,50 m über dem Grundwasserstande anzulegen. Außerhalb gelegene Abortgruben sind wasserdicht herzustellen, dichtschließend zu überdecken und bei weniger als 10 m Abstand von Wohnräumen mit Entlüftungs- vorrichtungen zu versehen.

Ist ein öffentliches Kanalnetz mit Wasserspülung vorhanden, so darf außerhalb des Gebietes der geschlossenen Bebauung von Anschluß abgesehen werden, wenn

- a) die Aborte an eine den haupthalblichen Vorschriften entsprechende Grube, Tonnen- oder Kasteneneinrichtung ohne Wasserspülung angeschlossen sind und die landwirtschaftliche Verwendung der Auswurfstoffe in benachbarter, hierfür geeigneter Landfläche Bedarfs ist,
- b) wenn das Fließen mit einer zu Gestein- oder landwirtschaftlichen Nutzung geeigneten Fläche darüber ausgesetzt ist.

In Kleinhäusern dürfen, da bei ihnen mit dem Hausgrundstück eine Garten- und Ackertliche verbunden sein muß, die für die landwirtschaftliche Verwertung der Abfallstoffe im allgemeinen ausreichen wird, auch einfache Einrichtungen nach dem Tönnen- oder Kastenensystem zugelassen werden. Die Entscheidung darüber wird zweckmäßig der Ortspolizeibehörde überlassen.

Die Anlage von Sickergruben, die dazu bestimmt sind, Abwasser dem Untergrunde, wenn er hierzu geeignet ist, zu stündiger Aufnahme zuzuführen, darf von der Ortspolizeibehörde nur nach eingehender Prüfung im Einzelfalle ausnahmsweise zugelassen werden.

Zur Aufnahme von Stallabfällen kann die Ortspolizeibehörde die Anlage von Dünger- und Jauchegruben fordern. Düngerstätten müssen einen undurchlässigen Boden erhalten und mit erhöhter Randeinfassung versehen werden. Jauchegruben sind wasserdicht herzustellen und abzudecken.

Die Einrichtung von Asch- und Müllbehältern ist in den einzelnen Bauordnungen nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen festzusetzen.

E. Br. B.O.

1. a) Auf Grundstücken an Straßen, die mit der städtischen Kanalisation verbunden sind, müssen alle Baulichkeiten und Höfe an den Straßenkanal angeschlossen werden. Für die Herstellung der Anschluß- und Hausleitungen sind die darüber erlassenen besonderen Bestimmungen maßgebend. (Ortsstatut und Polizeiverordnung betreffend die Bau- und Entwässerungsanlagen der Grundstücke.)
- b) Die Sohle aller Kellerräume ist so anzulegen, daß sie nach dem Straßenkanal entwässert werden kann.
- c) Ausnahmen von den Vorschriften unter b) können -- insbesondere bei gewerblichen Anlagen -- zugelassen werden, wenn für eine genügende Entwässerung der Kellersohle auf andere Art gesorgt wird.
2. Balkone und ähnliche Freigänge dürfen an die Entwässerungsleitungen nicht unmittelbar angeschlossen werden.
3. Für Kleinhäuser, die mit einer Garteneinfassung von mindestens 200 qm für jede Familienwohnung verbunden sind, kann auch dort, wo Kanäle und Wasserleitungen vorhanden sind, von einem Anschluß an diese Leitungen abgesehen werden. Für die Entwässerung und Abführung der Abfallstoffe gelten alsdann die nachstehenden Bestimmungen.
4. Behälter für Abwasser, Abort und Düngergruben müssen völlig wasserdicht, aus schiefst gebrannten Ziegeln in

reinem Zementmörtel hergestellt werden, unverputzt bleiben und unter den Boden, sowie um die Umfassungswände herum mit einem mindestens 30 cm starken Letteschlag umgeben werden.

Die Überdeckung muß luftdicht sein. Holzene Überdeckungen sind aus doppelten in die Richtung wechselnden mindestens 4 cm starken Bohlen herzustellen.

5. Aschenbehälter müssen mit allen mit Feuerungsanlagen versehenen Grundstücken vorhanden sein und Wände und Decken aus unverbrennlichem Stoffe erhalten.

6. Behälter zur vorläufigen Aufnahme wirtschaftlicher und gewerblicher Abgänge und Abfallstoffe sind undurchlässig herzustellen und dicht zu überdecken.
7. a) In Häusern, die vor dem Erlaß dieser Bauordnung erbaut worden sind, kann ein Abort für je zwei Wohnungen, in solchen, die vor dem 1. April 1893 erbaut sind, für vier Wohnungen belassen werden; er darf jedoch nicht weiter als eine Oeschoffhole von der Wohnung entfernt sein.

b) Für selbständige Geschäftsräume, Läden, Betriebs- oder Arbeitsstätten sind im selben Geschloß oder nicht weiter als ein Geschloß entfernt, verschließbare Aborte in ausreichender Anzahl anzulegen.

8. Aborte und Baderäume müssen ausreichend durch Tageslicht erleuchtet sein; jedes Abteil muß ein Fenster von mindestens 0,3 qm im Erdgeschoß an Nebenhöfen 0,5 qm Größe erhalten; die heugeten zum Öffnen einzurichten sind und unmittelbar ins Freie oder in einen vorschriftsmäßigen Nebenhof führen müssen.

9. Jeder Abortraum muß eine Grundfläche von mindestens 1 qm bei einer geringsten Breite von 80 cm und einer geringsten Tiefe von 1,25 m haben. Vor dem Sitz muß ein freier Raum von mindestens 60 cm Tiefe verbleiben.

10. Jeder Baderaum muß eine Grundfläche von mindestens 3 qm bei einer geringsten Breite von 1,40 m haben. Baderäume mit Feuerungsanlagen müssen einen Luftraum von 10 cm hoch enthalten.

11. Aborte und Baderäume sind von anderen Räumen durch dichte und geputzte Wände zu trennen. Gips- und Zementdielen zwischen Holzdielen werden als dichte Wände nicht angesehen.

§ 23. Lichtschächte.

Die Lichtschächte müssen über die Dachdeckung geführt werden. Die Sohle des Lichtschachtes muß für die Reinigung zugänglich, wasserdicht und genügend Entwässerung sein.

Lichtschächte, die durch mehr als zwei Vollgeschosse führen, müssen mindestens 6 qm Grundfläche mit 2 m kleinster Abmessung haben. Die umschließenden Wände müssen massiv sein. Im übrigen ist eine Mindestgrundfläche von 3 qm bei 1,50 m kleinster Abmessung erforderlich und für die umschließenden Wände genügt feuersichere Herstellung.

Öffnungen nach dem Dachraum müssen mit rauch- und feuersicherem Verschluss versehen sein. Öffnungen, die lediglich der Lichtzufuhr zum Dachraum dienen, können aus Drahtglas hergestellt werden, das fest in die Lichtschachtwände eingefügt werden muß.

[Lichtschächte vor Kellereinstiegen dürfen nur angelegt werden, wenn die Bürgersteige davor mindestens 3 m tief sind. Die Lichtschächte dürfen im Lichten nicht mehr als 30 cm, im Mauerwerk nicht mehr als 55 cm vor den Sockel in den Bürgersteig vortreten und im Lichten die Breite der Fensteröffnungen nicht überschreiten.]

Die Lichtschächte sind in der Oberfläche des Bürgersteiges mit unverschiebbaren, festen und sicher begehbaren Platten dicht zu überdecken. Bei Eingängen sind die Öffnungen rauchdicht und feuersicher abzuschließen.

Kellereinstiegen dürfen in die Bürgersteige nicht einspringen. Alle sonstigen Öffnungen und Schächte sind genügend zu überdecken, zu verschließen oder zu umwehren.]

§ 24. Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen.

Das Äußere der baulichen Anlagen (§ 1) muß in bezug auf Bauart, Bauform, Baustoff und Farbe so beschaffen sein, daß es die einheitliche Gestaltung des Straßenbildes nicht stört; insbesondere sind Eindeckungen, die nach Farbe, Musterung, Stoff die einheitliche Gestaltung des Straßenbildes stören, nicht zulässig.

Bei der Errichtung baulicher Anlagen ist auf den Schutz der Bau- und Naturdenkmäler gegen Verunstaltung und auf die heimische Bauweise Rücksicht zu nehmen.

[Zu höheren oder niedrigeren Nachbargebäuden, sowie zu anderen Bauklassen oder Stufen ist ein befriedigender Übergang zu schaffen.]

Die von Straßen, Plätzen oder anderen öffentlichen Verkehrsflächen, insbesondere Wasserstraßen, Eisenbahnen, aus sichtbaren äußeren Umfassungswänden sind in dauernd sauberen Zustande zu erhalten.

Die Regelung dieser Materie im einzelnen muß den Regierungs- und Ortspolizeiverordnungen überlassen bleiben. Es können von hier aus nicht bestimmte Vorschriften gegeben werden, auf welche Weise die Pflege der heimatischen Bauweise und der Schutz der Bau- und Naturdenkmäler gehandhabt werden soll, da es sich um Verhältnisse handelt, die fast in jedem Ort, zum mindesten in den einzelnen Landesteilen verschieden beschaffen sind. Die gesetz-

lichen Grundlagen für diese Vorschriften sind das Verunstaltungsgesetz vom 15. Juli 1907.

Gesetz

gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden vom 15. Juli 1907.

§ 1. Die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen ist zu versagen, wenn dadurch Straßen oder Plätze der Ortschaft oder das Ortsbild gröblich verunstaltet werden würden.

§ 2. Durch Ortsstatut kann für bestimmte Straßen und Plätze von geschichtlich oder künstlerisch vorbedeutenden Bauten, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen zu versagen ist, wenn dadurch die Eigenart des Orts- oder Straßenbildes beeinträchtigt werden würde. Ferner kann durch Ortsstatut vorgeschrieben werden, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung baulicher Änderungen an einzelnen Bauwerken von geschichtlich oder künstlerischer Bedeutung und zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen in der Umgebung solcher Bauwerke zu versagen ist, wenn ihre Eigenart oder der Eindruck, den sie hervorruft, durch die Bauausführung beeinträchtigt werden würde.

Wenn die Bauausführung nach dem Bauentwurf dem Gepräge der Umgebung der Baustelle im wesentlichen entsprechen würde und die Kosten der Errichtung auf Grund des Ortsstatuts geforderten Änderungen in keinem angemessenen Verhältnis zu den dem Bauherrn zur Last fallenden Kosten der Bauausführung stehen würden, so ist von der Anwendung des Ortsstatuts abzugehen.

§ 3. Durch Ortsstatut kann vorgeschrieben werden, daß die Anbringung von Reklameschildern, Schaukasten, Aufschritten und Abbildungen der Genehmigung der Baupolizeibehörde bedarf. Die Genehmigung ist unter den gleichen Voraussetzungen zu versagen, unter denen nach den §§ 1 und 2 die Genehmigung zu Bauausführungen zu versagen ist.

§ 4. Durch Ortsstatut können für die Bebauung bestimmter Flächen, wie Landhausviertel, Badeorte, Prachtstraßen, besonders, über das sonst baupolizeilich zulässige Maß hinausgehende Anforderungen gestellt werden.

§ 5. Der Beschlußfassung über das Ortsstatut hat in den Fällen der §§ 2 und 4 eine Anhörung Sachverständiger vorauszufragen.

§ 6. Sofern in dem auf Grund des § 2 erlassenen Ortsstatute keine anderen Bestimmungen getroffen werden, sind vor Erteilung oder Versagung der Genehmigung Sachverständige und der Gemeindevorstand zu hören. Will die Baupolizeibehörde die Genehmigung gegen den Antrag des Gemeindevorstandes erteilen, so hat sie ihm dieses durch Bescheid mitzuteilen. Gegen den Bescheid steht dem Gemeindevorstand innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zu.

In Gemeinden, in denen der Gemeindevorstand nicht aus einer Mehrheit von Personen besteht und der Gemeindevorsteher (Bürgermeister) zugleich Ortspolizeiverwalter ist, tritt an die Stelle des Gemeindevorstandes, sofern nicht in dem Ortsstatut etwas anderes bestimmt wird, der Gemeindevorstand, welcher den Gemeindevorsteher in Behinderungs-fällen zu vertreten hat.

§ 7. Für selbständige Ortsbezirke können die dem Ortsstatut vorbehaltenen Vorschriften nach Anhörung des Ortsvorstehers von dem Kreisausschuß erlassen werden. Der Beschluß des Kreisausschusses bedarf der Bestätigung des Bezirksausschusses. Die Bestimmungen des § 2, Abs. 2, § 5 und § 6 finden sinngemäß Anwendung.

§ 8. Der Regierungsrat ist befugt, mit Zustimmung des Bezirksausschusses für landschaftlich hervorragende Teile des Regierungsbezirkes vorzuschreiben, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen außerhalb der Ortschaften versagt werden kann, wenn dadurch das Landschaftsbild gröblich verunstaltet werden würde und dies durch die Wahl eines anderen Bauplatzes oder eine andere Baugestaltung oder die Verwendung anderer Baumaterialien vermieden werden kann.

Vor Versagung der Genehmigung sind Sachverständige und der Gemeindevorstand zu hören. In Gemeinden, in denen der Gemeindevorstand nicht aus einer Mehrheit von Personen besteht, und der Gemeindevorsteher (Bürgermeister) zugleich Ortspolizeiverwalter ist, tritt an die Stelle des Gemeindevorstandes, sofern nicht durch Ortsstatut etwas anderes bestimmt wird, der Gemeindevorstand, welcher den Gemeindevorsteher in Behinderungs-fällen zu vertreten hat.

und die Artikel 4, § 1, Ziffer 4 und Artikel 9, § 2 des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918.

Artikel 4, § 1. Durch die Bauordnungen kann insbesondere geregelt werden:

(4) Der Verputz und Anstrich oder die Ausattung der vornehmlich Wohnzwecken dienenden Gebäude und aller von Straßen, Plätzen oder anderen öffentlichen Verkehrsflächen aus sichtbaren Bauten, sowie die einheitliche Gestaltung des Straßenbildes, und zwar unter Berücksichtigung des Denkmal- und Heimatschutzes;

Artikel 9: Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 2. (1) Bei der Aufstellung und Anwendung der Bau- und Wohnungsordnungen und bei der Ausübung der Wohnungsaufsicht ist, soweit nicht ein überwiegendes Interesse der Gesundheit oder der Sittlichkeit entgegensteht, das Interesse des Denkmals- und Heimatschutzes zu berücksichtigen.

(2) In Zweifelsfällen sind Sachverständige zu hören.

Der Begriff „handliche Anlage“ ist im weitesten Sinne des § 1 des Bauordnungsvertrages zu verstehen. Es gehören hierzu also z. B. auch Denkmäler, Mauern, Tore, freistehende Reklametafeln jeder Größe usw.

Unberührt bleiben die weitergehenden Vorschriften der auf Grund der §§ 2 bis 4 des Veranstaltungsgesetzes erlassenen Ortsstatute.

F. Br. B.O.

Erker und Balkone dürfen in der Regel in jedem Geschoße zusammen höchstens ein Drittel jeder Breite eines Gebäudes einnehmen.

Bei einer Straßenbreite unter 15 m dürfen Erker und Balkone nur in zwei Obergeschossen gebaut werden und höchstens ein Fünftel der Breite des Gebäudes einnehmen.

Die Breiten der Ausbauten sind in der Gebäudelängsseite zu messen. Vorn dürfen Erker in der Regel nicht breiter als 3 m sein und ihre Seitenwände dürfen mit der Hausfront keinen spitzeren Winkel als 45 Grad bilden. Im obersten Geschoße und im Dachgeschoße werden Erker nur ausnahmsweise zugelassen.

Über die Bauflucht von Straßen unter 10 m Breite dürfen Erker und Balkone in der Regel höchstens 30 cm vorspringen.

Bei breiteren Straßen ist ein weiteres Vortreten, und zwar von 10 cm für jedes Meter größerer Breite, bis höchstens 120 m Gesamtvorsprung gestattet.

Alle Vorbauten eines Gebäudes, die mehr als 30 cm über die Baufluchtlinie vortreten, müssen von Nachbargrundstücken das Einfache ihrer weitesten Ausladung, mindestens aber 1 m entfernt bleiben.

Die Unterkanne aller Erker und Balkone muß mindestens 3 m über dem Bürgersteige liegen.

Mauervorlagen sind in der Regel nur in Straßen von mehr als 15 m Breite bei einer Bürgersteigbreite von mindestens 3 m oder bei Vorgärten und nur bis auf das Maß von 15 cm gestattet. In der Breite dürfen sie in der Regel zusammen höchstens ein Viertel der Gebäudefrontlänge einnehmen.

Schornsteine, deren Brüstungen weniger als 80 cm hoch sind, müssen außer in einer Höhe von 90 cm Schutzstangen erhalten.

Gebäudesockel dürfen 120 cm hoch sein und 5 cm, bei einer Bürgersteigbreite von 3 m und darüber 15 cm vortreten.

Kellerhöfe und verschlossene Treppentürme dürfen bis zu 30 cm vortreten, wenn eine freie Bürgersteigbreite von mindestens 3 m verbleibt.

Türen, Fenster und Fensterläden, deren Unterkanne weniger als 3 m über Bürgersteig liegt, dürfen nach der Straße hin nicht aufschlagen. Im Vorgarten dürfen Bauteile bis zu einem Viertel der Vorgartentiefe, höchstens aber bis 1,50 m vortreten.

Werden Vorgärten auf dem gesetzlichen Wege beschränkt oder beseitigt, so müssen die Vorbauten bei einem Umbau der Häuser mit vorstehenden Vorschriften in Übereinstimmung gebracht werden.

Als Straßenbreite im Sinne dieses Paragraphen gilt der Abstand der Baufluchtlinien.

Vor die Bauflucht tretende Anlagen, die als Bauteile nicht anzusehen sind, sind in der Regel unstatthaft.

Es können jedoch auf jederzeitigen Widerruf zugelassen werden:

- a) Schaukasten auf glatten Mauerflächen mit einer Ausladung von höchstens 15 cm, wenn ihre Unterkanne mindestens 90 cm von der Oberfläche des Bürgersteiges entfernt bleibt und eine freie Bürgersteigbreite von mindestens 2,75 m verbleibt.
 - b) Flache Schilder auf glatten Mauerflächen - jedoch nicht an Erker und Balkonen.
 - c) Fahnenständer und Geschäftszeichen aller Art, die einschließlich der Verzierungen keine größere Höhe als 65 cm haben und mit der äußersten Kante höchstens 50 cm vorspringen, wenn ihre Unterkanne mindestens 3 m von der Oberfläche des Bürgersteiges entfernt bleibt. Fahnenständer dürfen aber nur in Erdgeschoßen angebracht werden.
 - d) Leuchtschilder, die keine größere Höhe als 65 cm und keine größere Grundfläche als 0,25 m haben und mit der äußersten Kante höchstens 50 cm vorspringen, wenn ihre Unterkanne mindestens 3 m von der Oberfläche des Bürgersteiges entfernt bleibt.
- Anlagen der unter a. c und d bezeichneten Art müssen zu Betrieben auf denselben Grundstücke gehören, flache Schilder - b - nur dann, wenn sie eine Größe von 30:50 Zentimeter überschreiten; flache Schaukasten von weniger als 50:50 cm Größe und 5 cm Ausladung werden flachen Schildern gleich erachtet.
- e) Leuchtschilder unmittelbar an Eingängen von öffentlichen Gebäuden, Kranken- und Wohltätigkeitsanstalten, Apotheken, Theatern, Lichtspielhäusern, Versammlungsräumen, Gast-

höfen und Gasthäusern, die keine größere Höhe als 1 m haben und mit der äußersten Kante höchstens 1 m vorspringen, wenn ihre Unterkanne mindestens 3 m von der Oberfläche des Bürgersteiges entfernt bleibt, und wenn der Bürgersteig mindestens 2 m breit ist.

- f) Einzelne Lampen ohne Aufschrift zur Beleuchtung von Schaufronten, die mit der äußersten Kante höchstens 65 cm vorspringen, wenn ihre Unterkanne mindestens 2,50 m von der Oberfläche des Bürgersteiges entfernt bleibt.
- g) Gehende Uhren ohne Anpreiselaufschrift, die keine größere Höhe als 65 cm haben und mit der äußersten Kante höchstens 1 m vorspringen, wenn ihre Unterkanne mindestens 3 m von der Oberfläche des Bürgersteiges entfernt bleibt.
- h) Vordächer ohne Aufschriften über Eingängen von öffentlichen Gebäuden, Theatern, Versammlungsräumen und Gasthöfen, wenn sie mindestens 3 m von der Oberfläche des Bürgersteiges entfernt bleiben und mindestens 50 cm hinter der Bordkante des Bürgersteiges zurückbleiben.
- i) Sonnendächer (Markisen), wenn sie mindestens 220 cm von der Oberfläche des Bürgersteiges entfernt bleiben und mindestens 50 cm hinter der Bordkante des Bürgersteiges zurückbleiben.
- k) Fahnenstangen, die in keinem größeren Winkel als 30 Grad zur Bauflucht und mit keinem Teile weiter als 1,50 m vor dem Hause vortreten, wenn die Träger, mit denen sie an Mauerwerke des Hauses befestigt sind, mit der Unterkanne mindestens 3 m von der Oberfläche des Bürgersteiges entfernt bleiben.

Weitere Ausnahmen sind nur für solche Anlagen zulässig, die dem öffentlichen Wohle dienen.

An Vorgartenfriedhöfen dürfen Schaukasten und Schilder in der Regel nicht angebracht werden.

Es können jedoch auf jederzeitigen Widerruf für Betriebe auf denselben Grundstücke zugelassen werden:

Schaukasten und Schilder bis zu einer Größe von 0,50 qm, wenn sie mit allen Verzierungen nicht mehr als 10 cm vor die Gitterfläche vortreten, mindestens 90 cm von der Oberkante des Bürgersteiges entfernt bleiben, an den Gitterzähnen flach und unmittelbar anliegen; ohne diese zu durchbrechen, mit der obersten Kante höchstens 2 m über dem Bürgersteig liegen und keine die Vorübergehenden gefährdenden Spitzen und scharfen Kanten zeigen. Schaukasten, ferner auch nur dann, wenn eine freie Bürgersteigbreite von mindestens 2,75 m verbleibt. Weitere Ausnahmen sind nur für solche Anlagen zulässig, die dem öffentlichen Wohle dienen. (Fortsetzung folgt.)



Verschiedenes.

Neugrenze der Krankenversicherung. Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten wurde der Entwurf eines Gesetzes über Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigung und Grundhöhe in der Krankenversicherung behandelt.

Nach der Regierungsvorlage soll sich die Versicherungspflicht auf folgende Erwerbskategorien erstrecken:

1. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten;
2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung;
3. Handlungsgehilfen und -lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken;
4. Bühnen- und Orchestermitglieder, ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen;
5. Lehrer und Erzieher;
6. Hausgewerbetreibende, soweit ihnen nicht ein jährliches Einkommen von 40 000 Mark sicher ist;
7. Schiffsbesatzung deutscher Seefahrtsfahrzeuge, sowie die Besatzung von Fahrzeugen der Binnenschifffahrt.

Als Versicherungsgrenze wurde nach längeren Erörterungen ein Jahreseinkommen von 40 000 Mark festgesetzt.

Angenommen wurde ferner § 2 des Gesetzentwurfes, der u. a. besagt, daß derjenige, der in der Zeit seit dem 10. Mai 1920 wegen Überschreitens der Verdienstgrenze, von 15 000 Mark aus seiner Krankenkasse ausgeschieden ist, bei dieser Kasse binnen sechs Wochen nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Wiederaufnahme als Mitglied beantragen kann, sofern er beim Ausscheiden zur Weiterversicherung berechtigt war und nicht jetzt nach § 1 versicherungspflichtig ist.

Von den weiteren zur Annahme gelangten Paragraphen ist besonders § 7 bedeutungsvoll. Er enthält u. a. die wichtige Bestimmung, daß ein Mitglied mit Zustimmung des Kassenvorstandes in eine andere Klasse oder Lohnstufe überbetreten kann. Der Kassenvorstand kann den Weiterversicherten auch ohne seine Zustimmung in eine höhere Klasse oder Lohnstufe versetzen, wenn

dessen Beiträge in erheblichem Maßverhältnis zu seinem Gesamteinkommen und zu dem ihm im Krankheitsfall zu gewährenden Kassenleistungen stehen. Gegen eine solche Anordnung steht dem Betroffenen ein Beschwerderecht beim Versicherungsmittel zu.

Die Entscheidung über den Gesetzentwurf ist bis Mitte Januar vertagt worden, da bis dahin eine Denkschrift über die gesamte Materie angefertigt werden soll.

Für die Praxis.

Verputzen von Fachwerkwänden.* Nach dem Verputzen von Fachwerkwänden zeigen sich fast stets Risse zwischen Holz und Mauerwerk. Auch das Verfahren, das Holz quer zur Faserichtung mit Rohgewerbe zu benageln, hat sich durchaus nicht immer als einwandfrei erwiesen, da sich bei stärkeren Arbeiten des Holzes doch Risse zeigen. Folgendes Verfahren wird als sehr erfolgreich empfohlen: In Abständen von etwa 50 cm nagelt man Holzeisen von 1/2 cm Stärke und 2 cm Breite quer an die Fachwerkhölzer. Die Länge der Eisen ist genau gleich der Stärke der Fachwerkhölzer, so daß sie nie über das Mauerwerk ragen. Die Hölzer werden nun mit Rabitzgewebe, das 10 cm über das Mauerwerk wegrast, überspannt und auf diesem mit Rabitznägel befestigt. Auf dem Holz selbst wird das Gewebe nicht befestigt, so daß das Holz ungehindert arbeiten kann und nicht die Unbedeute zwängt die Bewegungen mitzunehmen.

Wettbewerbs-Ergebnis.

Unterlagen für die Bewertung von Betonbauweisen. (S. 16 Nr. 56 und 78/1921.) In dem vom Deutschen Zement-Bund veranstalteten Preisausschreiben zur Erlangung von Unterlagen für die Bewertung von Betonbauweisen und somit auch von Material zur Bekämpfung der Wohnungsnot, hat das Preisgericht sein Urteil gefällt und das Ergebnis ausführlich in „Zement“, Wochenschrift für Zement und Zementverarbeiten, Charlottenburg 2, veröffentlicht. Es lagen 54 Arbeiten vor, von denen 12 zur ersten Wahl gelangten. Der erste Preis in Höhe von 8000 Mark wurde unter drei Bewerbern gleichmäßig geteilt, und zwar zwischen den Herren Architekt Drescher, Frankfurt a. O., Kreisbau Ratzenhaus, Weidenfelds-Zeit, und Regierungsbaumeister Georg Müller, Charlottenburg. Diese drei Vorräte hatten die Amt-Massiv-Bauweise gewählt. Der zweite Preis in Höhe von 6000 Mark wurde der Bremer Firma Kossel u. Cie. (Zul-

* Entnommen der O.B.Z.-Rezeptsammlung von Baugenieuren O. Stache, Verlag d. Zeitschrift.

Handelsteil.

Eisen.

Abhebung der Eisenhochpreise. Die Verhandlungen des Eisenwirtschaftsbundes in der Frage der Neusetzung der Eisenpreise führten zu einer Ablehnung der Einführung von Höchstpreisen. Es bleibt vorläufig bei den bisherigen sogenannten Richtpreisen zuzüglich des Aufschlages für die Kohlenpreiserhöhung. Werkverleiher, sowie Vertreter der Verbraucher- und Händlerkreise hatten sich gegen die Höchstpreise ausgesprochen und beschlossen, die Richtpreise in der bisherigen Höhe unverändert bestehen zu lassen. In der Verhandlung des Eisenwirtschaftsbundes wurde der Antrag auf Festsetzung von Höchstpreisen nicht vom Vertreter des Reichswirtschaftsministers gestellt, wie man hätte annehmen sollen, sondern der Vertreter des Reichswirtschaftsministers stellte völlig abnehm. selbst Anträge zu stellen.

Holz.

Vom nord- und ostdeutschen Holzmarkt. Die Häuser am Schnittholzmarkt hat erheblich nachgelassen. Große Nachfragen haben aufgehört. Die Spekulation hat ihre wahllosen Einkäufe eingestellt. Zu welchem Zweck auch? Bei den hohen Preisen, die heute Geltung haben, besteht zu große Gefahr. Hier und da werden einzelne Wagons Stammware zu 2000 bis 2200 Mark im Verkehr von den Sägewerken zum Holzhandel umgesetzt. Der Einschnitt zu solchen Preisen wird allgemein abgelehnt, namentlich der aus der neuen Produktion. Die Verbraucher können mit diesen Preisen nicht mehr mit. Außerdem haben sie weit über ihren tatsächlichen Bedarf eingekauft. Das Geschäft ist also durchaus nicht ermutigend. Im größten Widerspruch hierzu stehen die Rundholzpreise. War schon neulich das Ergebnis des Termines von Neustadt ein Rätsel, so noch viel mehr der am 15. Dezember v. J. erfolgte Verkauf in Osterode. Es handelte sich um etwa 15 000 Festmeter aus den Oberbayerischen Liebenau, Jablonken, Prinzwalde. Es war anerkannt gutes ostpreussisches Material. Die Begehrung war stark. Die Preise, die erzielt wurden, sind unglaublich hoch. Es waren 2000 Festmeter darunter, die rund 1000 Mark

(betrungsweise), der dritte Preis in Höhe von 4000 Mark Herrn Regierangsbaumeister Wilhelm Richard, Rotenburg - Hannover (Pronsbau), der vierte Preis in Höhe von 2000 Mark der Firma Kell n. Löser, Dresden-Neustadt (Kombinator von Winkelsteinen und Platten), der fünfte Preis in Höhe von 1000 Mark dem Ziegelkontor, Sellin bei Bärwalde (Plattenbauweisen) zuerkannt.

Die besten Arbeiten sollen im Laufe des Jahres 1922 durch Veröffentlichung in der genannten Wochenschrift „Zement“ der Allgemeinheit zum Kenntnis gebracht werden.

Rechtswesen.

Folgen des Verbots des Abbruchs eines Hauses. Kläger hatte vom Beklagten dessen Haus zum Zwecke des Abbruchs gekauft. Der Termin der Übergabe war festgesetzt, doch wurde er im beiderseitigen Einverständnis um ein Jahr hinausgeschoben. Inzwischen war in dem kleinen ländlichen Hause von dem zuständigen Amtsvorsteher einem Wohnungsuchenden eine Wohnung angewiesen worden, und als der endgültige Termin zur Übergabe des Hauses an den Käufer herangekommen war, erging an den Verkäufer ein Verbot des Amtsvorstehers, dem Käufer das Haus zu übergeben.

Der Käufer setzte dem Beklagten eine Frist zur Übergabe des Grundstücks und forderte nach deren Ablauf vom Beklagten Schadensersatz wegen Nichterfüllung. Das Oberlandesgericht Kiel hat die Klage jedoch abgewiesen. Es kann keine Rede davon sein, so heißt es in den Gründen, daß der Beklagte in Verzug geraten ist, denn er handelte auf behördliche Anordnung, als er den Mieter aufnahm. Ob der Amtsvorsteher im Rahmen seiner Befugnisse handelte, kann dahingestellt bleiben. Da ein Wohnungsmangel in jenem Orte nicht bestand, könnte die Behauptung aus der allgemeinen Pflicht der Polizei abgeleitet werden, für das Leben und die Gesundheit der Bürger zu sorgen. Dazu möchte die Beschaffung der Unterkunft gehören. Die Sachlage war jedenfalls eine so zweifelhafte, daß es dem Beklagten keineswegs zum Verschulden angerechnet werden kann, wenn er sich der Anweisung des Amtsvorstehers fügte. Der Kläger kann dem Beklagten sein Verhalten um so weniger zum Vorwurf machen, als ihm selbst das Verbot des Abbruchs vom Amtsvorsteher mitgeteilt war und er selbst sich nicht bemüht hat, gegen dieses Verbot im Wege der Beschwerde vorzugehen. Er hat nicht einmal behauptet, daß er den Beklagten aufgefordert hat, seinerseits dagegen Beschwerde zu führen. Der Beklagte mußte danach das Abbruchverbot beachten. (Oberlandesgericht Kiel. U. II. 553/20.) rd

brachten. Unter etwa 700 Mark gingen namenswerte Mengen überhaupt nicht fort. Die Austuhr stockt völlig. Der holländische Markt ist ganz apathisch. Schweizer Holzhändler reizen nicht einmal billigste Preise. Nach Dänemark ist der Export ganz unbedeutend. Schahbretter werden erheblich billiger angeboten als Ende November. Die Preise sind vom höchsten Stand um 100 Mark auf 700 Mark, für Kisten von 900 auf 800 Mark, Geyend Mark Brandenburg, im Verkehr von den Sägewerken zum Holzhandel herabgesetzt. Auch Kantholz wird stärker angeboten. Austriebe blanke Seiten sind noch immer begehrt, dagegen sind blaue vernachlässigt, weil die Leistenfabriken bei dem derzeitigen Valutastand nicht mehr exportieren können. Eichenbretter von 1a Qualität haben angezogen. Auch Erla war gefragt. Größeren Waaggeschäften gegenüber, die angeboten werden, bestellt Zurückhaltung, weil die Zukunft am Holzmarkt unsicher ist. t.

Verschiedenes.

Karl Tuchscherer, A.-G., in Orlau. Die Deutschen Holzbauwerke Karl Tuchscherer, nebst Niederlassungen in Breslau sind in eine Aktien-Gesellschaft mit 8 Millionen Mark umgewandelt worden. Zu den Gründern gehören die Bankhäuser Delbrück, Schickler u. Co. und Dreyfus u. Co., Berlin-Frankfurt a. M. t.

Bauholz-versteigerungserlös. In Wartenburg fand Termin statt für die Oberförstereien Hohenstein, Kudippen, Lankersleben, Parden, Ramack und Sadlowa. Zum Verkauf gelangten in 63 Losen 56 000 Festmeter Nadelholz und 480 Festmeter Erlenangenhholz. Erzielt wurden pro Festmeter 600 bis 900 Mark. t.

Lignitz. Die Maurermeisterprüfung bestanden unter dem Vorsitz des Regieramts- und Baurats Hermann die Architekten Berubardt Brentmann, Lignitz, Neue Glogauer Straße 7a, Willi Tietke, Petersdorf i. Rsgb., und Johann Fieker, Hirschberg. t.

Inhalt.

Entwurf einer Preussischen Bauordnung (Fortsetzung). — Verschiedenes. — Handelsteil.